NOVEMBER '17/NR. 4

GREENFO

INFORMATIONSBULLETIN DER GRÜNEN SCHWEIZ

GRÜNE
GRUENE.CH

› MEDIENSYSTEM: VERBESSERN, NICHT ZERSTÖREN! 5

› VERURSACHER SOLLEN FÜR KLIMASCHÄDEN BEZAHLEN 6

› HALBZEITBILANZ DER LEGISLATUR 2015-2019 8

FAIR ESSEN, FAIR HANDELN: JA ZU «FAIR FOOD»

UM DAS KLIMA ZU SCHÜTZEN, MÜSSEN WIR SOLIDARISCH SEIN

Es ist soweit! Das Klimaabkommen von Paris ist in der Schweiz in Kraft getreten. Nach dem Ja zur «Energiestrategie 2050», der wir mit unserer Atomausstiegsinitiative zum Durchbruch verholfen haben, ist das ein weiterer wichtiger Schritt. Die Zeit drängt. Die vom Menschen verursachte Klimakrise richtet grossen Schaden an: Überschwemmungen, Dürren und andere Katastrophen, die sich direkt auf besiedelte Gebiete und den Zugang zu Wasser und Nahrung auswirken. Diesen Sommer haben uns die Erdrutsche in Graubünden vor Augen geführt, dass auch die Schweiz nicht verschont bleibt. Aber die am stärksten betroffenen Länder befinden sich in Afrika und Süd-Asien. Die Herausforderung Klimakrise liegt also in der Verantwortung von uns allen. Die Antwort? Solidarität – und zwar jetzt, mit künftigen Generationen und anderen Regionen.

Das ist der Standpunkt der Grünen im Kampf gegen die globale Erwärmung. Damit das Pariser Klimaabkommen wirkt und sich der Einfluss der Schweiz auf die globale Erwärmung verringert, muss die Revision des CO_2-Gesetzes verbindliche Massnahmen beinhalten. Dafür müssen wir auch den Finanzplatz Schweiz in die Verantwortung nehmen, denn seine Tätigkeiten generieren gemäss Klima-Allianz Schweiz das 20-fache unserer Emissionen im Inland.

Um dieses globale Ziel zu erreichen, setzen die Grünen auf regionale Lösungen, was uns Wahlsiege in Europa eingebracht hat: in Finnland, den Niederlanden oder Deutschland und auch in der Schweiz. Seit den letzten nationalen Wahlen haben die Grünen in den Kantonen am zweitmeisten Sitze dazugewonnen.

Und vergessen wir nicht: Für Erfolge in der Klimapolitik braucht es auch Medien, die Fakten festhalten und auch den Schwächsten eine Stimme geben. Diese Überlegung muss uns in der anstehenden Kampagne gegen die gefährliche No-Billag-Initiative leiten.

Lisa Mazzone,
Vize-Präsidentin Grüne Schweiz,
Nationalrätin GE

Impressum

Greenfo – Informationsbulletin der Grünen Partei der Schweiz
Waisenhausplatz 21, 3011 Bern
Tel.: 031 326 66 00
www.gruene.ch – gruene@gruene.ch
PC 80-26747-3
Auflage: 5400 Exemplare
Redaktion: Eva Berger
Grafik: muellerluetolf.ch
Druck: Bubenberg Druck
Fotos: Brigitte Marti/Grüne Schweiz (1, 3), Greg Clément (2), Alternative – die Grünen Zug (4), Shutterstock (5), Eva Berger/Grüne Schweiz (6), Junge Grüne Schweiz (7), Keystone (8)

UNTERSCHREIBEN: OLYMPISCHE SPIEL JETZT VORS VOLK!

Für die Grünen steht die Kandidatur für die olympischen Winterspiele «Sion 2026» quer in der klima-, umwelt-, und finanzpolitischen Landschaft. Mitte Oktober hat der Bundesrat beschlossen, «Sion 2026» mit bis zu einer Milliarde Franken zu unterstützen – dass die Bevölkerung mitbestimmen darf, ob sie einen solchen Anlass überhaupt will, ist aber nach wie vor nicht vorgesehen.

Das ist umso problematischer, als gleichzeitig bei der Bildung, der Gesundheit und der Entwicklungszusammenarbeit gespart wird. Die Folgekosten durch Schäden an der Umwelt sind in diesem Betrag zudem noch nicht einmal eingerechnet.

Die Grünen fordern mit einer Petition, dass die Stimmbevölkerung das letzte Wort zur Durchführung von «Sion 2026» hat.

Unterschreiben auch Sie heute noch auf: **www.olympia-vors-volk.ch.**

SO WIE WIR ESSEN, SO SIEHT DIE WELT AUS

In der Herbstsession behandelte der Nationalrat die Fair-Food-Initiative der Grünen. Auch die Gegner unterstützten in der Debatte die Anliegen der Fair-Food-Initiative – über alle Parteien hinweg.

Louis Schelbert, Maya Graf (Grüne) und Matthias Aebischer (SP) vor der Debatte im Nationalrat.

Mit unserer Agrarpolitik, dem Lebensmittelgesetz und auch dem neuen Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit, der am 24. September mit knapp 80 Prozent Ja-Stimmen angenommen wurde, können wir in der Schweiz entscheiden, wie wir unsere Lebensmittel produzieren. Wir setzen auf Qualität und auf eine ressourcenschonendere Produktion und legen Wert auf das Wohl der Tiere.

Ja zu nachhaltigen Agrarimporten

Wir importieren aber auch Lebensmittel. Etwa die Hälfte unseres Essens stammt aus dem Ausland. Der grösste Teil davon aus industrieller Massenproduktion auf Kosten von Mensch, Tier und Umwelt, denn was im globalen Handel zählt, sind nicht Qualität und Nachhaltigkeit, sondern der Preis.
Die billige Konkurrenz aus industriellen Massenbetrieben und Lebensmittelkonzernen setzt die Bäuerinnen und Bauern einem negativen Wettbewerb aus. Die billigen Produkte unterbieten jegliche Bemühungen für eine nachhaltigere Land- und Ernährungswirtschaft. Die Konsumentinnen und Konsumenten verlieren ausserdem die Übersicht über die Lebensmittelqualität, da zwischen Produktion und Konsum immer weitere und undurchsichtigere Wege liegen.
Die vielen Lebensmittelskandale zeigen das. Trotzdem fehlt heute noch eine Deklarationspflicht für Produktions- und Verarbeitungsweisen. Das möchte die Fair-Food-Initiative ändern.
Die Initiative möchte auch den fairen Handel mit landwirtschaftlichen Produkten, die zur Verarbeitung in die Schweiz gelangen – zum Beispiel Kaffee oder Kakao – fördern. Heute schon gibt es erfolgreiche Fair-Trade-Labels, die den Menschen im Süden bessere Preise, neue Absatzmärkte und Zukunftsperspektiven eröffnen und die Lebensgrundlagen vor Ort schonen.

Fair-Food-Initiative weiterhin nötig

Der neue Verfassungsartikel für Ernährungssicherheit nimmt wichtige Anliegen der Fair-Food-Initiative auf. Der Bundesrat hat aber auch gesagt, dass er keine Gesetzesanpassungen anstrebe. Die Fair-Food-Initiative ist nötig, damit der neue Verfassungsartikel keine Absichtserklärung bleibt.
Im Nationalrat haben wir Grünen gezeigt, dass es viele Umsetzungsmöglichkeiten gibt. Wir können zum Beispiel Kontingente für tiefere Zölle für nachhaltig produzierte Lebensmittel vergeben. Damit schaffen wir im Einklang mit dem Handelsrecht einen Marktvorteil für solche Lebensmittel. Als Basis dienen international anerkannte Standards, wie etwa jene der Internationalen Arbeitsorganisation ILO.
Ein weiteres innovatives Instrument sind Vereinbarungen mit der Lebensmittelbranche. Zielvereinbarungen hatte selbst der Bundesrat in seinem Gegenvorschlag zur Initiative «Grüne Wirtschaft» vorgeschlagen. Damit belohnen wir verantwortungsvolle Unternehmen. Verantwortungsvolle Unternehmen wissen ausserdem schon heute, wo ihre Produkte herkommen. Der Kontrollaufwand verringert sich so, denn die Branche liefert selber die Nachweise für die nachhaltige Produktion.
Fair-Trade- und die Bio-Suisse-Labels zeigen bereits den Weg für ein nachhaltiges Lebensmittelangebot – im In- und Ausland. Wir wollen, dass in Zukunft nachhaltig produzierte Lebensmittel einen Marktvorteil haben. Denn so wie wir essen, so sieht die Welt aus.

Maya Graf,
Nationalrätin BL
@nr_mayagraf

Nach der Debatte zur Fair-Food-Initiative stimmten am 28. September 2017 37 Nationalratsmitglieder Ja und 125 Nein bei 23 Enthaltungen. In der Frühjahrssession 2018 wird sich der Ständerat zur Initiative äussern.
Aktuelles zur Initiative finden Sie unter: www.fair-food.ch/news.

PARADISE PAPERS UND DAS HIESIGE STEUERSCHLUPFLOCH

Mittels dubioser Finanzkonstrukte prellt die globale Elite die Staaten um Milliarden und beutet den afrikanischen Kontinent massiv aus. Die organisierte Plünderung durch den Neoliberalismus – eine Spurensuche.

Was kein Geheimnis ist, aber trotzdem immer wieder schockiert: Die globale Elite schleust mit undurchsichtigen Finanzkonstrukten Milliarden von Franken an der Bevölkerung vorbei und bereichert sich dadurch auf unverschämte Weise. Dass die Schweiz und insbesondere der Kanton Zug im Mittelpunkt dieser Steuerhinterziehungsmethoden steht, hat System. Durch das massive Steuerdumping der letzten Jahrzehnte wurde Zug ein Hotspot für dubiose Unternehmungen. Die Tiefsteuerpolitik, welche schweizweit in verschiedenen Regionen verfolgt wird, ist ein gefährlicher Weg und muss von uns humanistischen und global denkenden Grünen mit aller Vehemenz bekämpft werden.

Der Reichtum hier hat die Kehrseite dort

Ins Auge sticht neben der Zuger Firma Quantum Global, welche massive Gewinne am angolanischen Staatsfonds macht, obwohl in Angola viele Menschen unter der Armutsgrenze von zwei Dollar pro Tag leben, ein alter Bekannter. Der Rohstoffmulti Glencore, welcher bereits unter dem 2013 verstorbenen Marc Rich negative Schlagzeilen am Laufmeter produzierte. So war es die damalige «Marc Rich and Co. Holding», welche den weltweiten Öl-Boykott gegen Südafrika umschiffte und somit eine Mitschuld an den Schrecken des Apartheid-Regimes trägt. Der damalige Manager Ivan Glasenberg ist heute CEO von Glencore. Der Multi wird regelmässig der Menschenrechtsverletzung und Umweltverschmutzung beschuldigt. Aktuell steht Glencore gleich auf mehreren Kontinenten in der Kritik. So soll der Rohstoff-Raubbauer in Kolumbien mit paramilitärischen Gruppierungen kooperiert haben, um die ansässige Bevölkerung von ihren Bodenschätzen gewalttätig zu vertreiben. In Sambia widersetzt sich der Multi einer Strompreiserhöhung und bei den Enthüllungen der Paradise Papers steht die Demokratische Republik Kongo im Mittelpunkt. Gemäss den vorliegenden Dokumenten arbeitete Glencore mehrere Jahre mit einem juristisch negativ bekannten Mittelsmann zusammen, der durch Bestechung Glencore eine immense Vergünstigung von Minenlizenzen ergaunern konnte. Statt durch Staaten, wie zu Zeiten der Kolonialisierung, werden die Menschen heute sowohl im globalen Süden als auch in unseren Breitengraden durch den Neoliberalismus, seine multinationalen Unternehmen und die Wirtschaftselite ausgebeutet. Diese nutzen die unterschiedlichen Rechtssysteme schonungslos aus und scheuen auch nicht davor zurück, mit korrupten und kriminellen Behörden und Organisationen zusammenzuarbeiten.

Die Ausbeutung muss gestoppt werden

Die Paradise Papers reihen sich in eine Liste von Enthüllungen ein, die uns jedesmal erschrecken, obwohl uns eigentlich bewusst ist, dass das neoliberale Wirtschaftssystem nur durch die Ausbeutung von Menschen und der Natur funktionieren kann. Dem längerfristigen Umbau unseres Wirtschaftens und Zusammenlebens muss deshalb eine hohe Priorität eingeräumt werden. In der Zwischenzeit braucht es griffige Massnahmen, um die Ausbeutung des globalen Südens zu stoppen. Die Konzernverantwortungsinitiative ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und ich bin froh, dass wir Grüne uns schweizweit für die Annahme der Initiative engagieren werden.

Andreas Lustenberger, Präsident Alternative – die Grünen Zug, Kantonsrat
@anlustenberger

VERBESSERN, NICHT ZERSTÖREN!

«Verbessern, nicht zerstören!» Das ist das Leitmotiv der Grünen in der Debatte über die Zukunft des Mediensystems der Schweiz. In der nächsten Etappe ist das die Auseinandersetzung um «No Billag». Die Grünen haben für die Abstimmung über die Initiative die Nein-Parole beschlossen.

Wenn wir über Medien reden, geht es immer auch um ein Stück Demokratie. Und es geht darum, wie wir in der Schweiz unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Zusammenleben organisieren.
Wir stehen vor ein paar entscheidenden Fragen: Haben wir ab 2018 keinen Service public mehr, der uns in der «Tagesschau», im «Echo der Zeit» oder in «Schweiz aktuell» über das Geschehen in der Welt, in unserem Land und in den Regionen informiert?
Oder haben wir weiterhin eine Vielfalt öffentlicher und privater Medien, die ihre Leistungen in Verbindung mit unserer Gesellschaft, in unserem Auftrag und für unsere gemeinsamen Interessen erbringen?

Zeitungen «für alle»

Die Verbindung zwischen Medien und Demokratie, Journalismus und Politik war in der Schweiz von allem Anfang an sehr eng. Gesellschaftliche Gruppen und ihre Organisationen hatten ihre Zeitungen: Die *NZZ* für die Bürgerlichen, das *Vaterland* für die christlich-konservative Landbevölkerung, das *Volksrecht* für die Arbeiterbewegung. Weltanschauliche und parteipolitische Vielfalt der Medien waren Teil einer demokratischen Auseinandersetzung.
Nach 1945 ebneten der stetig steigende Wohlstand und die soziale Marktwirtschaft die gesellschaftlichen Gegensätze ein. Wo alle einander scheinbar gleich wurden, setzten sich auch Zeitungen «für alle» durch, Forumszeitungen wie der *Tages-Anzeiger*, in denen diverse Meinungen Platz hatten. Die Parteizeitungen gingen ein. Zeitungen wurden mehr und mehr zum Geschäft.
So wurden die Medien der SRG zunehmend zu den eigentlichen Garanten von Vielfalt. Ihre Gründer waren von Anfang an private Unternehmer und Politiker unterschiedlicher Richtung. Ihre Organisationsform war die Genossenschaft, also das private Gemeingut der vielfältigen Schweiz. Und als sich die Sender 1931 zur Schweizerischen Rundspruchgesellschaft SRG zusammenschlossen, traf der Bundesrat eine wichtige Entscheidung: Die SRG sollte ein föderalistisch organisierter privater Verein sein, den die Konzession auf Qualität und politische und kulturelle Vielfalt verpflichtet.

Kommerz statt Service public

Nur wer das nicht verstanden hat, kann auf die Idee von «No Billag» kommen. Die SRG liefert für künftig 365 Franken Information, Bildung, Kultur, Unterhaltung – und auch Sport auf Weltklasse-Niveau. «No Billag» funktioniert nach dem Prinzip: «Geld regiert die Welt!» Wer von kommerziellen Anbietern sich ein komplettes Sportpaket zusammenstellen will, muss sich nach der Decke strecken oder einen Kleinkredit aufnehmen: 2900 Franken kostet das vollständige Programm allein für Sport, hat der «Blick» ausgerechnet.
Die Eigentümer kassieren. Und die wirkungsmächtigsten Medien befinden sich zunehmend in der Hand von ein paar kapitalstarken Unternehmen in der Schweiz und in der Welt. Verkauft wird diese konzentrierte Macht in Wirtschaft, Gesellschaft, Medien und Politik mit dem irreführenden Etikett: «vielfältiger Markt».
Dem steht in der Schweiz heute noch das bewährte duale Mediensystem mit der Partnerschaft von privat und öffentlich finanzierten Medien entgegen. Ihre wesentlichen Eigenschaften bleiben Unabhängigkeit, Vielfalt, Qualität und demokratische Strukturen.
Das Leitmotiv des Handelns heisst für die Grünen darum: «Verbessern, nicht zerstören!»

Robert Ruoff,
Publizist
@robert_ruoff

VERURSACHER SOLLEN BEZAHLEN

Die Grünen reichen in der Wintersession eine Motion ein, welche verlangt, dass Anpassungsmassnahmen an den Klimawandel verursachergerecht bezahlt werden.

Während AKW-Betreiber zumindest einen Teil an die zukünftigen Aufwendungen bezahlen, die sie verursachen, müssen Erdöl-Importeure nichts an die Kosten für die von ihnen mitverursachte Klimaveränderung beitragen. Ein Fonds, wie es ihn bei den AKW-Betreibern für die Kosten der Lagerung von radioaktiven Abfällen gibt, fehlt bei den Erdöl-Importeuren.

Diesen Sommer zeigte der Bergsturz oberhalb von Bondo eindrücklich, worauf wir uns bei weiter zunehmender Klimaerwärmung einstellen müssen. Massnahmen zum Schutz vor Bergstürzen als Folge der Erwärmung, etwa der Bau von Schutzwällen, kosten Millionen von Franken. Diese Kosten für die Anpassung an das veränderte Klima werden heute aus der Bundeskasse finanziert. Der Bund geht von Ausgaben von 40 Millionen Franken in den Jahren 2016 bis 2019 aus. Dass diese Kosten noch zunehmen werden, liegt auf der Hand. Die CO_2-Abgabe wird heute rückverteilt oder für Massnahmen zur Reduktion von CO_2-Emissionen eingesetzt. Jedoch nicht zur Finanzierung von Anpassungsmassnahmen an den Klimawandel. Diese Situation widerspricht dem Verursacherprinzip des Schweizer Umweltschutzes. Deshalb sollen in Zukunft Anpassungskosten über eine Abgabe auf fossile Energie (Benzin und Heizöl) finanziert werden.
Eine solche Massnahme stösst gemäss wissenschaftlichen Umfragen in der Bevölkerung auf höhere Akzeptanz als Lenkungsabgaben, da die eingenommenen Mittel verursachergerecht verwendet werden. Auch aus ökonomischer Sicht wäre eine solche verursachergerechte Finanzierung wünschenswert, da die Kostenwahrheit im Wettbewerb der Energieformen verbessert würde. Natürlich wird die Erdöl-Lobby auch diesen Vorstoss bekämpfen. Ihr Präsident ist SVP-Präsident Albert Rösti. Und dieser kämpft im Parlament engagiert gegen jede Abkehr von der Erdölverbrennung. Neuerdings beglückt uns die Erdöl-Lobby gar mit grossen Inseraten, in welchen sie die Schweizer Klimapolitik kritisiert. Umso wichtiger ist und bleibt unser Engagement für den Klimaschutz.

Bastien Girod,
Nationalrat ZH
@bastiengirod

SCHLUSS MIT GLYPHOSAT UND ANTIBIOTIKA

Die Grünen unterstützen die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung». Direktzahlungen für die Landwirtschaft sollen damit nach Kriterien für den Umweltschutz und das Tierwohl vergeben werden.
Die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» will Artikel 104 der Bundesverfassung so ändern, dass nur noch Betriebe, die ohne Pestizide produzieren, Direktzahlungen vom Bund erhalten. Auch sollen nur so viele Tiere gehalten werden, wie mit auf dem Betrieb produziertem Futter ernährt werden können. Weiter dürfen Antibiotika nicht mehr vorbeugend eingesetzt werden.

Die Probleme sind bekannt. Es besteht Handlungsbedarf, um die Nitrat- und Phosphorwerte und den Einsatz von Pestiziden zu senken. Die Bodenqualität muss verbessert, die Biodiversität gefördert werden. Es braucht auch klare Verbesserungen bei der durch Futtermittelimporte zu intensiven Tierhaltung, denn durch sie werden Luft, Böden und Wasser belastet. All das nimmt die Politik bislang mit salbungsvollen Worten letztlich in Kauf.
Die Initiative ist die Antwort auf das Versagen des Bundesrats in diesen Fragen. Seit vielen Jahren verlangt die Bevölkerung an der Urne eine Landwirtschaft, die gesunde, umweltverträgliche Produkte herstellt, die das Trinkwasser nicht verschmutzen und dem Tierwohl Rechnung tragen. So auch wieder am 24. September 2017 mit der Zustimmung zum Verfassungsartikel «Ernährungssicherheit». Aber es geschieht bisher praktisch nichts.
Die Initiative «für sauberes Trinkwasser» ist der Hebel dafür, diese Praxis zu stoppen. Sie enthält keine Verbote, sondern unterstellt lediglich die aus Steuergeldern finanzierten Direktzahlungen einem umwelt- und tiergerechteren System: In Zukunft sollen keine schädlichen Bewirtschaftungsweisen mehr staatlich unterstützt werden.
Viele Einzelpersonen und Organisationen unterstützen das Volksbegehren. Im Januar 2018 wird es bei der Bundeskanzlei eingereicht.
Jetzt Unterschriftenbogen unterschreiben und einschicken: www.gruene.ch.

Louis Schelbert,
Nationalrat LU

LEBENSQUALITÄT SICHERN DANK ZERSIEDELUNGSINITIATIVE

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Zersiedelungsinitiative verabschiedet. Er empfiehlt die Initiative zur Ablehnung und verweist auf das Raumplanungsgesetz (RPG). Ein Irrtum, denn das RPG kann keinen Kulturlandschutz garantieren.

Wenn Bauland eingezont wird, muss an einem anderen Ort wieder Bauland ausgezont werden, ansonsten geht täglich unverbautes Land verloren. Beschränkte Bauzonen nützen aber nichts, wenn weiterhin ausserhalb dieser gebaut werden darf. Tatsache ist: 22 Prozent des Gebäudeareals und 38 Prozent aller Siedlungsflächen liegen heute schon ausserhalb der eigentlich für sie vorgesehenen Zonen. Der Bundesrat ignoriert diese Fehlentwicklung und legt stattdessen eine zweite RPG-Revision auf, die die Zersiedelung ausserhalb der Bauzone noch mehr fördert.
Die Stimmbevölkerung hat zuletzt bei der Abstimmung zum neuen Verfassungsartikel für Ernährungssicherheit gezeigt, dass sie sich einen stärkeren Schutz des Kulturlandes wünscht.
Und in mehreren Berichten hat die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats dargelegt, dass der Kulturlandverlust der vergangenen Jahrzehnte verheerend und der aktuell geltende Kulturlandschutz ungenügend ist. Die Raumplanungspolitik des Bundes steht im Widerspruch zu diesen Erkenntnissen.
Ein weiterer wichtiger Punkt der Zersiedelungsinitiative ist die Förderung von nachhaltigen Quartieren, was der Verbauung der Landschaft ebenfalls entgegen wirken würde. Die Initiative sieht unter anderem vor, dass eine qualitativ hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen angestrebt wird.
Die Schweiz muss mutiger werden und die Bestrebungen zur innovativen Quartierentwicklung, wie zum Beispiel die Kalkbreite in Zürich, offen begrüssen.
Der Bundesrat verweist in seiner Botschaft zur Zersiedelungsinitiative auf seine altbekannten Strategien und verschliesst sich damit einer modernen und zukunftsorientieren Raumplanung. Wir brauchen daher die Zersiedelungsinitiative, die unsere Anliegen in der Verfassung verankert.

Judith Schmutz,
Co-Präsidentin
Junge Grüne Schweiz
@judith_schmutz

ALTERSVORSORGE: ZEIT FÜR GRUNDLEGENDE REFORMEN

Eine Neuauflage der Rentenreform muss solidarisch ausgestaltet werden. Doch was, wenn ein erneuter Kompromiss nicht gelingt? Der Reformstau in der Altersvorsorge bietet die Chance, um über eine grundsätzliche Neuausrichtung des 3-Säulen-Systems nachzudenken. Vor allem bei den ineffizienten Pensionskassen besteht Handlungsbedarf. Von 100 einbezahlten Franken zweigen die Verwalter im Schnitt 20 Franken für Gewinne und Verwaltungskosten ab. Hinzu kommt, dass Pensionskassen von der sehr unstabilen Lage auf den Finanzmärkten abhängig sind. Um in Zeiten von Niedrigzinsen die geforderte Rendite erbringen zu können, investieren die Pensionskassen in Kriegsmaterialproduzenten oder fossile Energien. Die AHV hingegen verursacht keine unerwünschten Nebenwirkungen und ist nicht den Finanzmärkten ausgesetzt.
Aufgrund der Problemlage wird nun unter anderem die Idee der «Volkspension» neu diskutiert. Mit der Fusionierung der 1. und der 2. Säule liessen sich aus Sicht der Jungen Grünen auf effiziente Weise würdige Renten für alle realisieren. Durch das Umlageverfahren könnten wir unsere Renten vor den Finanzmärkten schützen. Da ein investierter AHV-Franken effizienter arbeitet als ein Pensionskassen-Franken, könnten mit dieser grundlegenden Reform Geringverdienende entlastet werden. Denn wenn der bürgerliche Plan einer Stärkung von Finanzspekulation und 2. Säule erfolgreich ist, wird es für meine Generation um einiges teurer als mit einer Volkspension.

Luzian Franzini,
Co-Präsident
Junge Grüne Schweiz
@luzian_franzini

GRÜNER ERFOLG NÖTIG GEGEN DEN RECHTSRUTSCH

Trotz Rechtsrutsch konnten die Grünen in der ersten Hälfte der Legislatur 2015–2019 wichtige Erfolge feiern. Die politische Entwicklung macht aber Sorgen.

Wären diesen Herbst Wahlen gewesen, wären die Grünen die grössten Gewinner gewesen: Ein Prozent mehr als noch vor zwei Jahren würden uns wählen. Allerdings wissen wir, dass Umfragen eine Momentaufnahme sind. Aussagekräftiger sind die Erfolge in den Kantonen. Hier sind wir Grünen die Partei mit den zweitmeisten Sitzgewinnen in den letzten beiden Jahren (nach den Freisinnigen). Ein wichtiger Erfolg – und wir müssen alle gemeinsam in den Kantonen, Städten und Gemeinden dafür einstehen, dass die kommenden zwei Jahre diesen Trend bestätigen!

Gegenreaktion hat eingesetzt

Der Grund für diese Erfolge ist sicher die engagierte und kompetente Grüne Politik in den Kantonen. Aber auch die politische Grosswetterlage spielt eine Rolle. Grüne Erfolge sind auch eine Gegenreaktion auf den Rechtsrutsch, den man in Bundesbern immer stärker spürt. Die nationalen Wahlen 2015 waren ja ein grosser Erfolg für die rechten Parteien. Mit einer absoluten Mehrheit im Nationalrat können FDP, SVP und Lega alle wichtigen Reformen blockieren. Dieser Rechtsrutsch hat voll durchgeschlagen, zum Teil auch mit Unterstützung der bürgerlichen Mitte. Ein Beispiel ist die Verkehrspolitik. Zweite Gotthardröhre, Nationalstrassenfonds (NAF) für eine neue Strassenbauoffensive und der Abbau bei Via Sicura sind hier Stichworte. Auch in der Finanzpolitik ist der Rechtsrutsch spürbar. Zwar schneidet die Rechnung des Bundes Jahr für Jahr besser ab als prognostiziert. Dennoch werden Ausgabenkürzungen und Sparprogramme lanciert. Auch die Grundrechte kommen immer stärker unter Druck: Mit dem Nachrichtendienstgesetz und dem BÜPF wurde der Überwachungsstaat aufgerüstet.

30-Jahre-Jubiläum: Die Grüne Fraktion wurde am 14. November 1987 gegründet. Hier ist sie im März 1991 bei der Abstimmung über die NEAT-Vorlage. Stehend von links: Lukas Fierz, Peter Schmid, Rudolf Hafner, dahinter (teilweise verdeckt): Laurent Rebeaud, Irène Gardiol, Rosmarie Bär, Verena Diener, Monika Stocker, Hanspeter Thür und Hans Meier.

Grüner Erfolg: Energiestrategie 2050

Erfolgreicher waren links-grüne Referenden: So scheiterte die Unternehmenssteuerreform (USR III) klar. Der Stadtzürcher Grüne Finanzvorsteher Daniel Leupi prägte dabei die Debatte schweizweit mit. Erfreulicherweise konnten wir Grünen in der Umweltpolitik Erfolge feiern. Dank den beiden Abstimmungskampagnen 2016 zur Grünen Wirtschaft und für den Atomausstieg erhielt die Umweltpolitik wieder einen höheren Stellenwert in der öffentlichen Debatte. Unsere grüne Atomausstiegsinitiative war die erfolgreichste links-grüne Initiative im letzten Jahrzehnt. Und sie bereitete den Weg für einen realpolitischen Erfolg: Die Energiestrategie 2050 (ES 2050) erblickte das Licht der Welt als Gegenvorschlag zu unserer Atomausstiegsinitiative. Und das Referendum der SVP gegen die ES 2050 scheiterte klar. Überhaupt dominierte die SVP zwar die Schlagzeilen, wurde an der Urne aber immer wieder geschlagen. Neben dem Nein zur Durchsetzungsinitiative und zur Milchkuhinitiative und dem Ja zur erleichterten Einbürgerung der dritten Generation scheiterte die SVP an der Urne auch klar mit ihren Referenden gegen die Asylreform und gegen die Energiestrategie.
Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Bundesbern der Rechtsrutsch erst so richtig begonnen hat. Die Reform der Altersvorsorge war bis zur Abstimmung auch noch von der CVP mitgetragen worden – jetzt, für den zweiten Anlauf, orientieren sich die Christdemokraten nach rechts. Kein ermutigendes Signal!

Balthasar Glättli,
Fraktionspräsident Grüne,
Nationalrat ZH
@bglaettli